

20.03.2017

Pressemeldung

DİTİB als Kooperationspartner für islamischen Religionsunterricht in Hessen

Auf Grund der aktuellen Entwicklungen in der Türkei hat der Landeselternbeirat intensiv über die Rolle des DİTİB Landesverband Hessen e.V. („DİTİB“) für den islamischen Religionsunterricht beraten.

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte für dieses Fach findet ausschließlich an deutschen Universitäten statt und unterliegt den gleichen Vorschriften wie für die Lehrämter in den entsprechenden Fächern. Der islamische Religionsunterricht wird gemäß den durch das Hessische Kultusministerium auf dem Rechtsweg erlassenen Lehrplänen durchgeführt und unterliegt den gleichen Überprüfungskriterien, wie analoge Unterrichtsfächer.

Damit hat das Bundesland Hessen bezogen auf den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht einen grundsätzlich richtigen Weg eingeschlagen, den der LEB ausdrücklich gutheißt und unterstützt.

Dennoch sind die politischen Entwicklungen in der Türkei und die gegen DİTİB erhobenen Vorwürfe besorgniserregend. Mögliche Einflussnahme der türkischen Regierung auf den islamischen Religionsunterricht in Hessen und auf die Lehrkräfte müssen ebenso ausgeschlossen sein, wie die Sammlung vertraulicher Informationen durch DİTİB.

Auf Grund der hessischen Konstruktion des islamischen Religionsunterrichts und da das Hessische Kultusministerium bei bisherigen Überprüfungen keine Einflussnahmen türkischer Behörden auf hessischen Unterricht oder hessische Schulen feststellen konnte, hält der Landeselternbeirat diese Gefahr aber für gering.

Der Landeselternbeirat begrüßt jedoch die Initiative des Kultusministers Prof. Dr. Alexander Lorz, mit einem Gutachten zu klären, ob DİTİB weiterhin Kooperationspartner des Kultusministeriums sein kann.

So lange dieses Gutachten erstellt wird und die Ergebnisse nicht vorliegen, muss jedoch jede auch noch so fernliegende Möglichkeit der Einflussnahme und Störung des Unterrichts unterbunden werden. Der Landeselternbeirat hat daher in einem Schreiben an den Kultusminister gefordert, die Zusammenarbeit mit DİTİB ruhen zu lassen und die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit vom Ergebnis des Gutachtens abhängig zu machen.